

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**An den
Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 10.04.2024

Verfassungsbeschwerde

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.**
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Seit 2007 mit einer Treib- und Hetzjagd am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) durch weisungsgebundene Staatsanwälte im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ)

In 2010/2011 mit Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin)

sowie mit Wissen aller Staatsorgane und aller Länderregierungen in Deutschland unter führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) und unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022) mit Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von Staatsanwälten (Z5) bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87 / 146 / 203)

Judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

Sabotage durch Staatsanwälte zu Verfahren für

Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

Brutal verfassungswidrig, Opfer verhöhrend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Im Beschwerdeverfahren:

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, Justizopfer ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010 im 70. Lebensjahr gegen Staatsanwälte von Wuppertal,

DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren,

vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**,

verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),

unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für Richter

Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20

Abs.4 GG wird angemahnt

> gegen Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn mit verfassungswidriger Kranken- und Pflegeversicherung (Z4) und gegen verfassungswidrige Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz gegen staatliche Übergriffe,

> gegen kriminelle Eskalation der sozialen Zerschlagung zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diskreditierung und sozialer Aussperrung „mit Hass im Netz“ durch verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen,

> gegen staatsanwaltliche Sabotierung und judikative Boykottierung von Rehabilitierung und Schadenersatz aus

über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),

> unter nachgewiesener Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter Federführung der ehemaligen WDR-Justitiarin und stellv. WDR-Intendantin (1997-2022)

Begründung der Verfassungsbeschwerde (Forts. mit laufender Nummer)

BVERFG-403. Anzugreifende und beantragte Hoheitsakte in chronologischer Reihenfolge
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten, Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und nachfolgendem „Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 mit Einspruch vom 28.03.2024 gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit persönlichem Anschreiben vom 10.02.2024 gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz (ehemaliges Mitglied der Bundesregierung, verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag) und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit sozialer Zerschlagung, sozialer Isolierung, sozialer Ausgrenzung, mit verfassungswidrigem Datenmissbrauch, mit „Hass im Netz“, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

BVERFG-404. Widerspruch-Verfahren gemäß Anlage LG-24/03 mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation. Kriminelle Eskalation der sozialen Zerschlagung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch Sozialversicherungsträger zu sozialer Diskreditierung, sozialer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung mit „Hass im Netz“
durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung in krimineller Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers und mit ehemaligem Mitglied der Bundesregierung (SCHUFA-Vorstand) zum Zeitpunkt der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München mit verheerenden Folgewirkungen am Wohnort und am Geburtsort Pervers: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen und daher SCHUFA-Eintragungen wegen „Verbraucherschutz“

Pervers: Staatsbürger nach politisch motivierten Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren mit einem SCHUFA-Basisscore von 9.91% von theoretisch möglichen 100% öffentlich angeprangert

Noch perverser: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen und staatliche Einsparung von Rehabilitation und Schadenersatz mit SCHUFA-Basisscore von 9.91%, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitation und Schadenersatz

BVERFG-405. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal hebeln Grundrechte aus

> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache : Sieh Anlage Sommerfeld 8 (VB-2312 a), Zurückweisung mit Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung

**> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer: SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“, ehemaliges Mitglied der Bundesregierung bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München
Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers :**

Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010

Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012

> mit Hass gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Monatliche Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto mit wirkungslosem „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe mit Raubjustiz wegen

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung

> mit Hass wegen Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde und Anhörungsrüge mit Verweigerung der Bescheidung und Erlass eines „Versäumnisurteils“, um auf Rechtsargumente verzichten zu können: Grundrechte sind unverzichtbar und das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum!

> mit Hass gegen Rehabilitation und Schadenersatz wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa

> mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz

> mit sozialem Hass als Dauerzustand: Von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

BVERFG-406. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage: Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers, > das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 335)

Zu **BVERFG-403**. Anzugreifende und beantragte Hoheitsakte in chronologischer Reihenfolge
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten, Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsrue, ohne Wochenende, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und nachfolgendem Versäumnisurteil 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 mit Einspruch vom 28.03.2024 gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit persönlichem Anschreiben vom 10.02.2024 gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz (ehemaliges Mitglied der Bundesregierung, verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag) und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit sozialer Zerschlagung, sozialer Isolierung, sozialer Ausgrenzung, mit verfassungswidrigem Datenmissbrauch, mit „Hass im Netz“, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

„Alle Jahre wieder“ - An Weihnachten kommt das Christkind zu allen Menschen und schenkt ihnen Liebe, Freude und Frieden, so christliche Tradition seit 2 Jahrtausenden. Seit Jahren beklagt der Beschwerdeführer

Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten, Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsrue, ohne Wochenende, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft:

Sieh Anlagen in Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 und 25.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen

Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit **Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)**

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87)

Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme

Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin

Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310) und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Das Sozialgericht plante, dass der Beschwerdeführer die Weihnachtszeit nutzt für eine 2.Stellungnahme, weil offensichtlich die 1.Stellungnahme inkl. Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (AR 9561/23, BvR 207/24) den Vorstellungen des Sozialgerichts nicht entsprochen hat.

Anlage VB-2314: Angefochtener Hoheitsakt in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (AR 9561/23)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 203)

Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, **30.12.2023**) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger

Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der **Weihnachtszeit 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, mit Erscheinungstermin im Büro der OGVin Sommerfeld (Velbert) am **Mittwoch, 27.12.2023**

Statt dessen:

Online-Abruf der SCHUFA-Auskunft am 27.12.2023

SCHUFA-Personal hat Anspruch auf friedvolle Weihnachtszeit und kann daher trotz Digitalisierung die SCHUFA-Auskunft erst am 5.Jan.2024 zustellen. Sieh

Anlage SGD :

SCHUFA-Auskunft, online abgerufen am 27.Dez.2023, eingegangen per Post am 5.Jan.2024:

Verfassungswidriger, heimtückischer Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen wegen **verfassungswidriger Zielsetzungen zur Durchsetzung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt), durch Helfer und Helfershelfer dieser Staatsanwälte**

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, gegen Rentner jetzt im 83.Lebensjahr,

unter persönlicher Verantwortung des

Altbundeskanzler (1998-2005, sanktioniert wegen Ukraine-Putin-Krieg) und der Altbundeskanzlerin (2005-2021) **mit Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit**

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,

mit Zufügung kapitaler Vermögensschäden,

mit rechtshängiger Klage am Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf, mit verfassungswidrigem judikativem **Boycott, trotz erdrückender Beweislage und mit Anspruch auf Rehabilitierung und Staatshaftung gemäß Art.34 GG.**

Soziale Zerschlagung seit 2010 durch verfassungswidrige

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

seit 2010 unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälten in Kumpanei mit Helfern und Helfershelfern, ist ein hinreichender Grund, einen Sozialversicherungsträger, der keine soziale Sicherheit, aber soziale Zerschlagung für Versicherungsnehmer über viele Jahre hinweg verfolgt, **endlich aus den Verkehr zu ziehen.**

Verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen: Alle Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen stammen von Helfern der genannten Staatsanwälte, haben ausschließlich die zu **bekämpfende Zielsetzung** der verfassungswidrigen, öffentlichen Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung, ohne Respekt vor Alter und einer herausragenden Lebensleistung. Helfershelfer der genannten Staatsanwälte: **RAe Giebel und Kollegen**, Prozessbevollmächtigte des Sozialversicherungsträgers und eigenverantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, beklagt wegen sozialer Zerschlagung seit 2010 mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, in Verbindung mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Belastende SCHUFA-Eintragungen sind sofort zu löschen.

Sofortige Abwehrmaßnahmen gegen SCHUFA-Vorgänge eingeleitet, weil die **verantwortlichen Rechtsanwälte** der SCHUFA-Eintragungen gleichzeitig **die Prozessbevollmächtigten der Beschwerdegegners sind:** **DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G.**, vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren, vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**, verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen), **unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten**, mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für Richter.

Sofortige Abwehrmaßnahmen gegen verfassungswidrige SCHUFA-Vorgänge bei:

- > Vorstand der SCHUFA HOLDING AG (Dr. Ole Schröder)
- > Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
- > Landgericht Wuppertal, Beschwerdegericht zu
- > Amtsgericht Velbert, 10 C 211/23
- > Sozialgericht Düsseldorf, S 31 P 457/23

Sofortige Abwehrmaßnahmen gegen verfassungswidrige SCHUFA-Vorgänge bei:

- > Vorstand der SCHUFA HOLDING AG (Dr. Ole Schröder, Vorstand Datenschutz und Politik, Mitglied der verantwortlichen Bundesregierung bei der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012)
- Sieh Anlage SGE, SGE-2, SGE-3, SGE-4

Erste Information an das Bundesverfassungsgericht (AR 9561/23)

Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch."

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

mit den Kapitel **BVERFG-401** und **BVERFG-402**

Kapitel **BVERFG-401**. **Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung**

Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren
brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von
politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und
deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung
derselben Staatsanwälte,
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur
Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-
Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte.
durch Prozessbevollmächtigten der verfassungswidrigen
Sozialversicherungen,
mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne
Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010
nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto gegen staatliche
Übergriffe, trotz und
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem
Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in
Deutschland und Europa

Kapitel BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971
zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen
Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem
Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT
und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa
und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum
ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-
Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt
wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses
Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch
motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus
ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer
Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung

weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem totalem Staatsversagen.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

**Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Parallel zu den SCHUFA-Vorgängen und Stellungnahmen am Sozialgericht Düsseldorf wird **vom Amtsgericht Velbert** das nächste Gerichtsverfahren gestartet: Sieh

Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsopfer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:

Das Zerschlagungsopfer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich ständig gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.

„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.

Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen **mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen** vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an

den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010-2012),
jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Diskreditierung, der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Die angefochtenen Hoheitsakte in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 sind noch nicht abschließend erledigt, wird dem Beschwerdeführer bereits ein weiteres verfassungswidriges Verfahren gemäß Anlage LG-24/01 aufgezwungen, parallel zu verfassungswidrigen SCHUFA-Vorgängen und zu wiederholten Stellungnahmen am Sozialgericht Düsseldorf

Anlage VB-2314: Angefochtener Hoheitsakt in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (AR 9561/23)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 203)

Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, **30.12.2023**) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin
Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz

mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten
Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG

In Anbetracht der beschriebenen Vorgänge hat der Beschwerdeführer mit ausführlicher Begründung Rechtsmittel gegen das neue Verfahren am Amtsgericht 10 C 211/23 eingelegt und ein Widerspruchsverfahren beantragt
gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, mit denen soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen durch soziale Diskreditierung, soziale Isolierung und soziale Ausgrenzung verfestigt wird. Ohne Zweifel hat das Widerspruchsverfahren signifikante Bedeutung

Anlage VB-2401, Anlage VB-2402

Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/03:

Widerspruch-Verfahren mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.

Anlage LG-24/03 c)

Schreiben vom 10.Feb.2024 an
Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Das Beschwerdegericht im Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 versagt bis heute rechtliches Gehör entgegen Art.103 Abs.1 GG

Trotz der laufenden Beschwerdeverfahren inkl. Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge wird dem Beschwerdeführer ein Versäumnisurteil zugestellt, in dem nicht einmal erkennbar ist, worin das Versäumnis besteht.

Anzugreifender Hoheitsakt gemäß Anlage LG-24/04:

Versäumnisurteil 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),

mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge, gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher **brutal verfassungswidrig** im Zuge von **über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,**

Anlage AG-24/05:

Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**

Begründung und Rechtsmittel gemäß sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhöhrungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.

Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06

Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401

Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23)

mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Verfassungswidrig:

Verweigerung der Bescheidung zu Anhöhrungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024

Sieh Anlage VB-24/01 und VB-24/02 mit den Kapiteln LG-24/01, LG-24/02, LG-24/03.

Kapitel **LG-24/01**. Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO, weil
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,
mehr als 30% seines Lebens, nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
**Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971
zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice
(ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das
Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen
Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem
Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT
und Telekommunikation (ITK/ITC)**
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa
und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum
ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-
Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt
wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses
Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch
motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus
ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer
Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung
weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch
eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme
verursacht, beklagt wegen Rehabilitierung und Schadenersatz,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von
Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales
Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen
Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz
ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle
Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-
rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am
Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste
wegen totalem Staatsversagen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
Bundesdatenschutzbeauftragte : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik
und Verwaltung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>
Scroll down after link (page 29) wie z.B
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-
Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk
ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in
Deutschland ist längst erwiesen.

> > > Das Zerschlagungsopfer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung mit aktiver Beteiligung Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel (ausbaufähig). . . .

Kapitel LG-24/02. Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO, weil

> weil über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, nicht trotz, sondern wegen: **Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, mit Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage** gemäß Kapitel LG-24/01.

> weil **vorrangig** Beendigung von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern gegen Rentner im 83.Lebensjahr unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (SPD) und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern (letztere CDU/CSU)

> weil **judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz** am Landgericht Wuppertal (2.Zivilkammer 2 O 70/15, 2 O 163/16), am Verwaltungsgericht Berlin (OVG 11.Senat 11 RM 3/23), am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 1697/23)

> weil **staatsanwaltliche Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Nonstop-Verfahren seit 2011**

mit weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck durch beklagte Bundesregierung gemäß Art.34 GG

nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 / 2011

am laufendem Bände ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsrufe, ohne Wochenende

> weil mit **Treib- und Hetzjagd seit 1998 gegen seinen Bruder am Wohnort in Bayern bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den erzwungenen Freitod in 2012**

mit anschließender Nachlassinsolvenz

> weil **horrende Renten-Plünderung auf Pfändungsschutz-Konto** für verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 im 83.Lebensjahr unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung

> weil **soziale Isolierung und soziale Ausgrenzung mit „Hass im Netz“, mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA/Scoring-Lügen ohne Relevanz zu Verbraucherschutz** durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und ihren Helfern und

in Kumpanei mit SCHUFA-Vorstand (Mitglieder der Bundesregierung in 2010 / 2011 mit Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag)

> weil **im Jan.2024 eingeleitetes SCHUFA-Widerspruchsverfahren unter Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit**

> weil **verfassungswidriger Missbrauch von Freiheitsberaubung (2mal), psychischer Terror und Polizei-Terror bei Dunkelheit vor Gerichtsverfahren, ohne Wissen des Richters (Jan.2023)** unter Verantwortung von weisungsgebundenen Staatsanwälten und ihren Helfern

> weil **soziale Zerschlagung, soziale Isolierung und soziale**

Ausgrenzung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

„nur“ eine verfassungswidrige, Gerichte übergreifende Folge-Zwangsmaßnahme von über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 ist.

Kapitel LG-24/03. Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO, weil aktuelles Widerspruchsverfahren bei

Dem Hessischen Beauftragten für

Datenschutz und Informationsfreiheit:

„Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen, heimtückisch nicht wegen Verbraucherschutz, sondern zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung **durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers** mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 in Kumpanei mit
> weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung und in Kumpanei mit
> SCHUFA-Vorstand, beteiligt an der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in 2010/2011 und parallel an den Bayerischen Landtag als ehemaliges Mitglied der CDU/CSU-geführten Bundesregierung zusammen mit seiner Frau als Bundesministerin und jetzt beteiligt mit verfassungswidrigen SCHUFA/Scoring-Lügen ohne Respektierung von Datenschutz gemäß Anlage LG-24/03

Brutal verfassungswidrig:

Nicht nur soziale Zerschlagung, getoppt mit sozialer Isolierung und sozialer Ausgrenzung, mit Opferkriminalisierung, Opfer verhöhnende Diffamierung, ohne Respekt vor Alter, Lebensleistung, deutsche Grundrechte, Europäische Menschenrechte, in Kumpanei vereint: Weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand mit Ehefrau), verantwortlich für Niederschlagung intensiver Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag, mit Hilfeschriften an Staatsorgane, an Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, an Mitglieder des Petitionsausschusses, mit Verfassungsbeschwerden, alles ausführlichst dokumentiert) und **Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, der für kriminelle Beihilfe mehr Kosten geltend machen will.**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln LG-24/01, LG-24/02, LG-24/03 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 177/226)

Zu BVERFG-404. Widerspruch-Verfahren gemäß Anlage LG-24/03 mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation. Kriminelle Eskalation der sozialen Zerschlagung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch Sozialversicherungsträger zu sozialer Diskreditierung, sozialer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung mit „Hass im Netz“

durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung

in krimineller Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers und

mit ehemaligem Mitglied der Bundesregierung (SCHUFA-Vorstand) zum Zeitpunkt der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München mit verheerenden Folgewirkungen am Wohnort und am Geburtsort

Pervers: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen und daher

SCHUFA-Eintragungen wegen Verbraucherschutz

Pervers: Staatsbürger nach politisch motivierten Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren mit einem SCHUFA-Basisscore von 9.91% von theoretisch möglichen 100% öffentlich angeprangert

Noch perverser: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen und staatliche Einsparung von Rehabilitation und Schadenersatz mit SCHUFA-Basisscore von 9.91%, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitation und Schadenersatz

Der Beklagte, zum 1.Mal konfrontiert mit SCHUFA-Vorgängen, war völlig überrascht von den Ergebnissen und Erkenntnissen aus dem SCHUFA-Abruf. Sieh Anlage SGD.

Die SCHUFA ist „gegen jede Form der Ausgrenzung oder Abwertung von Menschen“, so Werbe-Slogan und Anspruch. Verbraucherschutz ist offizielle Zielsetzung der SCHUFA-Eintragungen.

Für SCHUFA-Opfer ist dieser Anspruch purer Hohn und boshafte Diskriminierung. Auch SCHUFA-Opfer sind Verbraucher, die offensichtlich nicht zu schützen sind. Bei politisch motivierter Zerschlagung wird das SCHUFA-System in krimineller Weise für soziale Isolierung, soziale Diskreditierung und soziale Aussperrung in verfassungswidriger Weise missbraucht.

Der Beschwerdeführer ist gezwungen, ein Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch weisungsgebundene Staatsanwälte zu benutzen, um Kredite zu vermeiden, die er nicht zurückzahlen kann. Inhaber eines Pfändungsschutz-Konto können in Deutschland bei keiner Bank ein 2.Konto eröffnen und erhalten keinen Kredit, nicht einmal einen Dispo-Kredit. Rentner können ihre Rente nur über das Pfändungsschutz-Konto beziehen.

Der Beschwerdeführer beklagt bis heute

staatsanwaltliche Sabotage und judikativen Boykott zu über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit mehr als 30% seines Lebens:

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2023

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005), unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und

Wiederaufbau verhindert

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023

Digitalisierungsnotstand in Deutschland)

in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch motivierte Zerschlagungen

nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort, am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)

am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem Schadenersatz/Rehabilitierung-Boycott seit 2011, mit Schadenersatz-Sabotage durch

weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagten Täters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps,

mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)

Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherinnen unter

weisungsgebundenen Staatsanwälten, obwohl kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für

Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen

Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend,

mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige

Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto

Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011

mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten . .

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit ist zuständig für das Widerspruchsverfahren gegen die SCHUFA. Sieh

Anlage LG-24/03:

Widerspruch-Verfahren mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.

Anlage LG-24/03 a)

Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 23)

Anlage LG-24/03 b)

Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Anlage LG-24/03 c)

Schreiben vom 10.Feb.2024 an

Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 01).

Zu **BVERFG-405**. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal hebeln Grundrechte aus

> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache : Sieh Anlage Sommerfeld 8 und 9 (VB-2312 a/c), Zurückweisung mit Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung**

> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer: SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“, ehemaliges Mitglied der Bundesregierung bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München
Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers :

**Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012**

> mit Hass gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Monatliche Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto mit wirkungslosem „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe mit Raubjustiz wegen

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung

> mit Hass wegen Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde und Anhörungsrüge mit Verweigerung der Bescheidung und Erlass eines „Versäumnisurteils“, um auf Rechtsargumente verzichten zu können: Grundrechte sind unverzichtbar und das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum!

> mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen **Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz

> mit sozialem Hass als Dauerzustand: Von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

„Alle Jahre wieder“ - An Weihnachten kommt das Christkind zu allen Menschen und schenkt ihnen Liebe, Freude und Frieden, so christliche Tradition seit Jahrtausenden. Seit Jahren beklagt der Beschwerdeführer

Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten, Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft:

Sieh Anlagen in dieser Verfassungsbeschwerde und in Verfassungsbeschwerden vom 01.01.2024 und 25.01.2024:

Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, mit Erscheinungstermin im Büro der OGVin Sommerfeld (Velbert) am **Mittwoch, 27.12.2023**
Zwangsvollstreckungssache ist eingegangen am 19.12.2023: Ein hasserfülltes Weihnachtsgeschenk mit Psycho-Terror.

Die Obergerichtsvollzieherin ist auch beteiligt an der SCHUFA-Eintragung gemäß Anlage SGD: Beteiligte der SCHUFA-Eintragung sind.

Weisungsgebundene Staatsanwälte, Helfer und Helfershelfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung

> **RAe Giebel und Kollegen**, als Prozessbevollmächtigte des Beschwerdegegners in der SCHUFA-Eintragung nicht erkennbar (Beschwerdegegner absichtlich unterdrückt),

> **OGVin Sommerfeld**, verantwortlich für Eintragungen in öffentliche Verzeichnisse gemäß Anlage SGD

Dr. Ole Schröder, heute im Vorstand der SCHUFA Holding AG, damals Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, der vorher im Kabinett von Merkel I Chef des Bundeskanzleramts gewesen ist, der zusammen mit der Bundeskanzlerin alle unsere Bemühungen des Wiederaufbaus in dieser Zeit (seit 2005) verhindert hat, sowie seine Frau, **Kristina Schröder**, damals Bundesministerin im Kabinett Merkel II.

Sozialer Hass als Dauerzustand von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh

Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des

Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.

Fortsetzung der Wiederholung mit

Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen

Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren seit 2011

Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes

Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Von Sozialem Hass als Dauerzustand zu sozialer Spaltung mit SCHUFA-Eintragungen

Sieh Anlage 24/03 a) Seite 2

Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 23)

Aus der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 vom 01.01.2024,

Anlage SGC, Seite 13

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 203/216)

„ . . .Mit Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23, 244 Seiten) als Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023 vorgetragen,

mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidriger Pflegeversicherung mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto zu verfassungswidriger Krankenversicherung:

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

> > > **Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,**

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005),

unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2024

Digitalisierungsnotstand in Deutschland) “

Die beklagten SCHUFA-Eintragungen haben nichts mit

Verbraucherschutz zu tun, sondern mit über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Die SCHUFA-Vorgänge sind bereits in terminierten Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf sowie am Bundesverfassungsgericht in der laufenden Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024 enthalten. Ich (Beschwerdeführer) beklage den Sozialversicherungsträger, dass er Opferkriminalisierung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen

betreibt, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, und so mit sozialer Zerschlagung seit diesem Zeitpunkt an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt ist. **Faktenlage ist:**
Die Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und parallel an den Bayerischen Landtag in 2010/2011 wurde von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung erzwungen. Mitglieder dieser Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt waren **Dr. Ole Schröder**, heute im Vorstand der SCHUFA Holding AG, damals Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, der vorher im Kabinett von Merkel I Chef des Bundeskanzleramts gewesen ist, der zusammen mit der Bundeskanzlerin alle unsere Bemühungen des Wiederaufbaus in dieser Zeit verhindert hat, sowie seine Frau, **Kristina Schröder**, damals Bundesministerin im Kabinett Merkel II. **Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel** wurde von **Bundespräsident Horst Köhler** im Oktober 2009 ernannt. Der Bundespräsident ist in derselben Woche (31. Mai 2010) zurückgetreten, als er meinen Brief erhalten hat, in dem ich um seine Unterstützung in der laufenden Petition gebeten habe: Sieh Anlage SGC Seite 37/44:

> **Unbestreitbar: Persönliche Verantwortung von Merkel / Söder zu Zerschlagungen mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin Eva-Maria Michel (1997-2022), mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>
mit Wissen aller Bundespräsidenten und **demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler** unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Faktenlage ist, dass die SCHUFA-Eintragungen der **RAe Giebel und Kollegen**, Prozessbevollmächtigte des Sozialversicherungsträgers DEBEKA, ohne unser Wissen vorgenommen wurden. Der Sozialversicherungsträger wird beschuldigt, dass er Opferkriminalisierung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen betreibt, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, und so mit sozialer Zerschlagung seit diesem Zeitpunkt an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt ist. Darauf hinzuweisen ist, dass **RAe Giebel und Kollegen im wesentlichen nur Zinseszins-Rechnungen leisten**, in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung. Wie schwer es ist, von der Bundesregierung Schadenersatz zu erhalten, haben die Vorgänge im Deutschen Bundestag um die grundgesetzliche Schuldenbremse im Bundeshaushalt für 2024 gezeigt.

Faktenlage ist auch, dass in den SCHUFA-Eintragungen nicht erkennbar ist, dass die **RAe Giebel und Kollegen als** Prozessbevollmächtigte des beschuldigten Sozialversicherungsträgers DEBEKA in soziale Zerschlagung verwickelt sind, und **mit „Hass im Netz“ soziale Isolierung mit Opferkriminalisierung veranstalten**. Sie werden dabei von Helfern weisungsgebundener Staatsanwälte unterstützt mit öffentlichen Verzeichnissen.

Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024

Zu BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung

Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz

mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte

mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen

durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte

durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen

mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne

Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu

Versicherungsleistungen seit 2010

nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in

Deutschland und Europa

Sieh **Anlage SGE:**

Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte

ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht

gemäß Anlage SGD im Schriftsatz vom 08.Jan.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 59)

Sieh **Anlage SGD :**

SCHUFA-Auskunft, online abgerufen am 27.Dez.2023,

eingegangen per Post am 5.Jan.2024:

Verfassungswidriger, heimtückischer Missbrauch von SCHUFA-

Eintragungen wegen **verfassungswidriger Zielsetzungen zur**

Durchsetzung politisch motivierter Justiz durch

weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der

beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt), durch Helfer und Helfershelfer dieser Staatsanwälte

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, gegen Rentner jetzt im 83.Lebensjahr,

unter persönlicher Beteiligung des
Altbundeskanzler (1998-2005, sanktioniert wegen Ukraine-Putin-
Krieg) und der Altbundeskanzlerin (2005-2021) **mit Verhinderung von
Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit
Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem
Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in
Deutschland und Europa,**

mit Zufügung kapitaler Vermögensschäden,
mit rechtshängiger Klage am Verwaltungsgericht Berlin und
Verwaltungsgericht Düsseldorf, mit verfassungswidrigem judikativem
Boycott, trotz erdrückender Beweislage und mit Anspruch auf
Rehabilitierung und Staatshaftung gemäß Art.34 GG.

Soziale Zerschlagung seit 2010 durch verfassungswidrige
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen
seit 2010 unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte in
Kumpanei mit Helfern und Helfershelfern, ist ein hinreichender Grund,
einen Sozialversicherungsträger, der keine soziale Sicherheit, aber
soziale Zerschlagung für Versicherungsnehmer über viele Jahre
hinweg verfolgt, endlich aus den Verkehr zu ziehen.

Alle Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen stammen von
Helfern der genannten Staatsanwälte, haben ausschließlich die zu
bekämpfende Zielsetzung der verfassungswidrigen, öffentlichen
Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung, ohne Respekt vor Alter
und einer herausragenden Lebensleistung. Helfershelfer der
genannten Staatsanwälte: **RAe Giebel und Kollegen,**
Prozessbevollmächtigte des Sozialversicherungsträgers, beklagt
wegen sozialer Zerschlagung seit 2010 mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, in
Verbindung mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
Belastende SCHUFA-Eintragungen sind sofort zu löschen.

Die genannten Rechtsanwälte haben keinerlei Kontakt mit dem
Beschwerdeführer, sie täuschen die Öffentlichkeit, indem sie jeden Hinweis
darauf vermeiden, dass sie die Prozessbevollmächtigten des
Sozialversicherungsträgers sind, der vom Beschwerdeführer
**wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010 und wegen extremistischer
Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit systematischer Hetze
zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung
mittels SCHUFA-Eintragungen zu bekämpfen ist.**

Warum dies alles? Die politisch motivierten und sozialen
Zerschlagungen sind das Ergebnis verfassungswidriger Maximierung
durch eine politische Nachfolge-Generation, in der Kräfte die
Oberhand gewonnen haben, für die Neidhass auf Leistungen
vorhergehender Generationen und letztendlich Selbstzerstörung
oberste Handlungsmaxime sind:

Judikativer Boycott - Staatsanwaltliche Sabotage -
Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto - Soziale Spaltung
mit SCHUFA/Scoring-Lügen - ohne Respekt vor Grundrechten > > >
gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit einem herausragenden
Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und
Europa, ohne Respekt vor ihrem Alter und jetzt

**Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und
deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung
derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur Effizienz-
Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-
Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen.**

Zu BVERFG-406. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage: **Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Dr. Johannes Rau,

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)**

Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der
KOMMTECH 1988 in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Günter Rexrodt,

Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf

dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

auf der ONLINE 1996 in Hamburg:

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute
besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten

Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Henning Voscherau,

**Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 –
1997),** Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland

(1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe
in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie

Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'94

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Karel van Miert,

**EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION,
Brüssel, auf der ONLINE '97:**

Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikations-
marktes für neue Wettbewerber.

Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes

aus der Sicht der Europäischen Kommission

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'96

Erkki Liikanen,

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der
Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:**

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

> > > **Das Zerschlagungsoffer ist mit Recht stolz darauf, dass
führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft
und Verwaltung mit aktiver Beteiligung**

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH'88

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Scroll down

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik auf der ONLINE 1980

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Joachim Jacob, DER BUNDESBEAUFTRAGTE FÜR DEN DATENSCHUTZ auf der ONLINE 1994 in Hamburg, zum Thema „Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement“

> > > <http://www.euro-online.de/1994.htm>

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts für Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>



Wir trauern um
hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten,
EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
Bundesdatenschutzbeauftragte, : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik
und Verwaltung

Dr. Henning Voscherau, verstorben am 24. August 2016
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 -
1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland
(1990 -1991)
Langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

Dr. Joachim Jacob, verstorben am 13. Januar 2024
Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)
auf der 17. Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum
Thema
Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes
Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)

>>> 1986-1989: ONLINE '8X in Hamburg > <http://www.euro-online.de/h6.htm>

>>> 1990-1993: ONLINE '9X in Hamburg

>>> 1994-1995: ONLINE '9X in Hamburg

>>> 1996-1997: ONLINE '9X in Hamburg

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochschule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > <http://www.euro-online.de/h6.htm#>

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter der ONLINE 1999, Hessischer Datenschutzbeauftragter seit 2020
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>
Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam, Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>
Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim

Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen, ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 innovationsorientierten Referenten pro Congressmesse, **für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit**

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier,

Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“

Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Rechtsbeugung im deutschen Recht ist die vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts durch Richter, Amtsträger oder Schiedsrichter bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei, **in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier**,

> **über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83. Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zu politisch motivierter Justiz mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz.**

Absolut totales Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Sozialgerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, seit über 12 Jahren ist zu bekämpfen. Anzumachen ist die Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Abhilfe verfügbar:

Sozialgerichte sind längst informiert über die Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen und sehen zu, wie der Beklagte vom Kläger in verfassungswidriger Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und deren Helfern gehetzt wird. Der Beklagte ist

längst das Justizopfer wegen **absolut totem Justizversagen ohne Respekt vor Grundrechten, Lebensleistung und fortgeschrittenem Lebensalter**. Daher Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 im Allgemeinen Register des Bundesverfassungsgericht unter AR 9651/23 als Sammelstelle weiterer Vorgänge festgehalten: „**Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur**“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). **Nie wieder ist jetzt 2023: 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, jetzt im 83.Lebensjahr unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Diese Verfassungsbeschwerde gegen weisungsgebundene Staatsanwälte und ihre Helfer unter Weisungsdruck durch beklagtes Bundeskanzleramt (Bundesregierung) ist überfällig, weil es brutal asozial und extremistisch verfassungswidrig ist, politisch motivierte Zerschlagungen bis in den Tod unüberwindbar zu machen: **mit sozialer Zerschlagung, mit sozialer Diskriminierung, mit sozialer Ausgrenzung und mit sozialer Spaltung in der Gesellschaft zur Durchsetzung politisch motivierter, verfassungswidriger Justiz seit 1998, seit über 25 Jahren** "All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie das 1000-jährige Reich geendet hat. Daher jetzt mit Grundgesetz gegen soziale Verfassungswidrigkeiten!" Der Anfang war vor über 25 Jahren!

Erdrückende Beweislage gegen Leugnen und Vergessen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zuletzt wegen verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Der Beschwerdeführer beantragt Annahme zur Entscheidung der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024 und 10.04.2024
Sich Anlage VB-2401 mit Anlage LG-24/04, Anlage VB-2402

mit Vorrang für

Widerspruch-Verfahren gemäß Anlage LG-24/03 mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (BVERFG-404),

mit Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz zu über

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr.

Deutschland verweigert bis heute den grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG

mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott und toleriert

„Hass an Weihnachten“, „Hass im Netz“, „Hass“ (Neidhass) wegen


Weltklasse-Höchstleistungen für die Zukunft von Deutschland und Europa,

„Hass“ gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Rentenplünderung auf

Pfändungsschutzkonto zum Schutz gegen staatliche Übergriffe,

„Hass“ gegen Rehabilitierung und Schadenersatz.

Velbert, 10.04.2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressen für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage VB-2401

Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsopfer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:

Das Zerschlagungsopfer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.

„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.

Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012,

jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz

mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG

Anlage 01

Rechnung vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Mahnung vom 22.02.2024 (eingegangen am 22.02.2024)

Anlage 02

Schreiben des Bundesverfassungsgericht vom 01.12.2023 (AR 9651/23, eingegangen am 07.12.2023)

Anlage 03

Schreiben vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal (16 T 207/23): Zurückweisung des Beschlusses vom 15.12.2023 einschließlich aller Kosten mit Verfassungsbeschwerde vom

01.01.2024 mit Hinweis auf die Kapitel der Verfassungsbeschwerde (Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 umfasst die Kapitel BVERFG-396, BVERFG-397, **BVERFG-398**, BVERFG-399, BVERFG-400 auf insgesamt 92 Seiten)

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 203/221)

Anlage 04

Übernahme der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 ff. vom Allgemeinen Register in das Verfahrensregister (1 BvR 207/24, bisher AR 9651/23) mit Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26.01.2024 (eingegangen am 31.01.2024), Allgemeines Register als Sammelstelle für Verfassungsbeschwerden wegen Gerichte übergreifender Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert zu

Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen als Fortsetzung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Anlage SGC:

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024

"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie es geendet hat. Da kann man nur sagen:

Wehret den Anfängen!" Der Anfang war vor über 25 Jahren:

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr

zuletzt wegen verfassungswidriger Plünderung von Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsbefugnis und Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt

mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 05.Nov.2023

mit Eingang einer verfassungswidrigen Bescheidung am 30.12.23 und zu sofortiger Beschwerde nach Rechtspfleger-Beschluss am Amtsgericht Velbert und mit Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) mit verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten mit direkter Verantwortung für
> **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im > > > 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zur Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz**
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr **wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>
Scroll down after link (page 203)

Anlage SGG: (an das Landgericht)

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung. von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen mit den Kapiteln BVERFG-401 und BVERFG-402: BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung**
Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsoffer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen

> **über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte**
> **mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich**
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte
durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen

mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70. Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:

Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Anlage LG-24/03:

Widerspruch-Verfahren mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.

Anlage LG-24/03 a)

Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 23)

Anlage LG-24/03 b)

Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Anlage LG-24/03 c)

Schreiben vom 10.Feb.2024 an

Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 01)

> Seite 16/70, **Anlage SGD: SCHUFA-Auskunft vom 27.12.2023** (eingegangen am 05.01.2024) mit Stellungnahme am 16.01.2024

> Seite 17/77, **Anlage SGE: Mein Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte** ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 59)

> Seite 18/85, **Anlage SGE-2:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 23.Jan.2024 (eingegangen am 29.01.2024) ohne Abhilfe

Seite 18/86 , **Anlage SGE-3: Mein Schriftsatz vom 05.Feb.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Information über Verfassungsbeschwerden und weitergehende Begründung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 121).

> Seite 18/99, **Anlage SGE-4**: Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 07.Feb.2024 (eingegangen am 09.02.2024) ohne Abhilfe.

> Seite 18/100, **Anlage SGF**:
Verfahrensbestätigung des Bundesverfassungsgerichts unter
Aktenzeichen 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23)

> Seite 18/101, **Anlage SGG** im Schriftsatz vom 31.Jan.2024 an das
Sozialgericht:

Verfassungsbeschwerde (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr bis zu sozialer Aussperrung von verfassungswidriger Renten-Plünderung** auf

Pfändungsschutzkonto parallel

zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)

zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und

zu sozialer Isolierung mit verfassungswidrigen Missbrauch von
SCHUFA-Eintragungen gemäß

Kapitel BVERFG-401 und BVERFG-402.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Anlage ONLINE PROGRAMM

ONLINE'99, 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56#anfang>

Scroll down after link to ONLINE 1999

Beiliegend: Seminarreihe > online < 1975.

Das Programm der ONLINE'99 ist beigefügt, um darauf hinzuweisen, dass Herr Prof. Roßnagel selbst als Congressleiter an der Durchführung dieser Congressmesse beteiligt war.

Der Datenschutz hat in seinem Lebenswerk einen besonderen

Stellenwert: Als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH hat er bereits in den 1970er Jahren die ersten Datenschutz-Beauftragten persönlich ausgebildet, mit dem Wissensstand von damals (sieh beiliegende ONLINE-Seminarreihe aus 1975, BDSG seit 1978) und in 1977 ein Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner:

Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Auf der ONLINE'94 in Hamburg hatte Datenschutz und Datensicherheit einen besonderen Schwerpunkt: Im Plenum der

Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob

Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)

auf der 17.Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema

Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes

Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)

Außerdem 2 internationale Kolloquien zu:

Kolloquium A: Aktuelle Probleme der IT-Sicherheit und Lösungsansätze

Kolloquium B: Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr, Auflagen und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten

Um dies zu verdeutlichen, hat er aus aktuellem Anlass im Schreiben an das Sozialgericht Düsseldorf Kapitel

45. (41.Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,

Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage mit Schreiben vom 16.Feb.2024 neu formuliert:

Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000**

Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

Bundesdatenschutzbeauftragte : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 131)

Er macht darauf aufmerksam, dass er nur parallel zu anderen Gerichtsverfahren gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen ankämpfen kann. Bitte um Mitteilung, welche weiteren Beweisunterlagen benötigt werden.

Anlage SGH:

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden. Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragte in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**, beteiligt waren

Anlage LG-24/04:

„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher **brutal verfassungswidrig** im Zuge von **über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,**

Anlage AG-24/05:

Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**

Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und
Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit
wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen
Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06

Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu
den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401

**Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom
03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal**

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23
und 11 C 406/22 (16 T 207/23)

mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02,
Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage
LG-24/05.

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh

Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß

Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des

Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der

Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen

Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene

Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur

nächsten Wiederholung.

Fortsetzung der Wiederholung mit

Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts
im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen

Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem

Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden

Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren

seit 2011

Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk

des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene

Staatsanwälte unter Weisungsdruck des wegen Rehabilitierung und

Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes

Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der

Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024

Anlage VB-2315:

Schriftsatz vom 19.Jan.2024 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Vorlage von **Anlage SGE:**

Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte

ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht **gemäß Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 59)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen

Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit **Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)**

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87)

Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme

Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310) und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Anlage VB-2312: Soziale Zerschlagungen ohne Beachtung in Sozialgerichten

Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen

wegen Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Psycho-Terror und mit Androhung von Hausfriedensbruch durch Schlosser-Gehilfen auf umfriedeten Grundstück, mit ausführlicher Begründung und Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA)

Aus Punkt c) der Begründung zu judikativem Boykott: „ . . . Darüber hinaus wurde dieses Verfahren bereits einmal abgeschoben, mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 8.Dez.2014 (VG 27 K 496.14), an das Landgericht Wuppertal abgeschoben und dort in 2 Verfahren (Zerschlagung 1: 2 O 70/15, Zerschlagung 2: 2 O 163/16) aufgeteilt.

Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 21.07.2017 (VG 27 K 308.14) wurden die Verfahren vom Landgericht Wuppertal zurückgeholt und am Verwaltungsgericht Berlin wieder weitergeführt. Darüber hinaus wurde der Unterzeichner vom Verwaltungsgericht

Düsseldorf über eine Vereinbarung mit dem Verwaltungsgericht Berlin informiert, dass die verfassungswidrige Beteiligung des ÖRR/WDR an den **politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** (Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Berlin eine angemessene Berücksichtigung findet. Die Klage gegen den ÖRR/WDR mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 ist rechthängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf. Es ist Menschenrechte verachtend, den Schadenersatz für **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen zu boykottieren oder** von einem Gericht ins andere verschieben zu wollen, obwohl dies an Verwaltungsgerichten gar nicht möglich ist, und das Opfer verantwortlich zu machen für die dadurch verursachten verheerenden Folgewirkungen (Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer Zerschlagung). Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen im fortgeschrittenem Lebensalter werden in den wirtschaftlichen Ruin gezwungen, ausgeraubt und bis in den Tod gehetzt, ohne Respekt vor Ihrer Lebensleistung.“

Anlage VB-2312 b) Beschlüsse der politisch motivierten Zerschlagung durch judikativen Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
> **über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr**
am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Berlin mit Abschiebung der judikativen Verantwortung an das Landgericht Wuppertal in 2014 und mit Zurückholung der judikativen Verantwortung in 2017.

Anlage VB-2313:

Petition Pet 1-17-09-703-005442 mit insgesamt 53 Kapiteln (hier Kapitel 37-41 in Anlage)

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10

System Deutschland ein Sanierungsfall?

**UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-
Vernichtung, Wutbürger**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Schreiben vom 03.01.2011

**an den Bundespräsidenten,
an den Deutschen Bundestag und
an das Bundesverfassungsgericht**
der Bundesrepublik Deutschland

Anlage VB-2314: Anzufeuchtender Hoheitsakt

Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22
Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag,
30.12.2023) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2314-1:

Zurückweisung des Beschlusses
mit Brief vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal mit Hinweis
auf Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.1023
(AR 9561/23, eingegangen am 07.12.2023) und telefonischer
Bestätigung des Eingangs des Beschlusses des **anzufeuchtenden
Hoheitsaktes** durch das Bundesverfassungsgericht.
Zurückzuweisende Rechnung des Landgerichts Wuppertal vom
19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Anlage VB-2306 a) b) c)

Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern

a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)

b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010

c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307

Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023. Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308

Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a) mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)

nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Anlage VB-2309

Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren

gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß

BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011), seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes

mit Hinweis auf

Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.

Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch

politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)

mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)

unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF

mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene

Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)

bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>

Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:

Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023

Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Anlage VB-2301: Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-392.

- a) Beschluss IV-3 ORbs 15/23 Ws Oberlandesgericht Düsseldorf (zu IV-3 ORbs 133/23) 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.Sept.2023)
- b) Beschluss IV-3 ORbs 133/23 Oberlandesgericht Düsseldorf 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.Aug.2023)
- c) Urteil (?) / Beschluss 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 19.09.2023 (eingegangen am 05.10.2023 in Briefumschlag der Staatsanwaltschaft Wuppertal)
- d) Rechnung zu 523 Js-OWi 824/22 1 (271) der Staatsanwaltschaft Wuppertal in neutralem Umschlag
- e) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023)

Anlage VB-2302: Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.Mai 2023 (2 BvR 539/23, eingegangen am 19.Mai 2023)

zu Verfassungsbeschwerde vom 14.Januar 2023 gegen das Urteil des Amtsgerichtes Velbert vom 24.02.2023 gemäß Anlage VB-2301 e)

Anlage VB-2303:

Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023

06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023.

Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.

Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 58)

Anlage VB-2304:

Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft. Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.

Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .**

Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Der Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 enthält folgende Anlagen:

Anlage OWiV-04 OLG

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt), auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>
Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022: Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft
Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh > >

> > > > > > Seite 11

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2305: Erzwingung von politisch motivierter Zerschlagungsjustiz:

Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

nicht unter Richterkontrolle, sondern unter Kontrolle von

weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter

Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes hier mit:

> Anlage VB-2305 a) Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-393.

Verfassungswidriger Kostenfestsetzungsbeschluss (11 C 406/22 Amtsgericht Velbert) vom 12.10.2023 mit wahrheitswidriger Begründung (eingegangen am 14.10.2023) durch Rechtspfleger Jacob als Richterersatz

> Anlage VB-2305 b) Schriftsatz vom 05.10.2023 an Amtsgericht Velbert 11 C 406/22

(Stellungnahme zu Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (**Anlage VB-2305 c)**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 107)

mit den Anlage AGV-10/01, Anlage AGV-10/02 und Anlage VB-2327

Zurückweisung aller Kostenforderungen und Wiederholung des Antrags auf sofortigen Stopp der Kontopfändung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Missbrauch für verfassungswidrige Krankenversicherung

entsprechend der vorgelegten Verfassungsbeschwerden:

1. Verfassungsbeschwerde (2 BvR 538/23) vom 31.03.2023

wegen Urteil 11 C 406/22 zu Abbruch der mündlichen Verhandlung am 12.01.2023, verkündet am 09.02.2023, eingegangen am 09.03.2023

mit Beugung Recht und Verfassung, Verfahren übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 Seite 11

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74 / 84)

2. Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1680/23) vom 15.09.2023

wegen Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen

nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter, ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitation wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage AGV-10/01: Schriftsatz vom 6.04.2023 an das Amtsgericht Velbert mit Übergabe der

Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,

werden Rehabilitation und Schadenersatz .

vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen Zerschlagungsopfer.

Anlage AGV-10/02

Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23) mit

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023

mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre)

zu verfassungswidriger Pflegeversicherung

mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto

zu verfassungswidriger Krankenversicherung

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit

1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und

legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

erzungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005),

unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am
Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch
motivierte Zerschlagungen
nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder
in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz
(2012)
am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem
Schadenersatz/Rehabilitierung-Boycott seit 2011,
mit Schadenersatz-Sabotage durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des
beklagten Täters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch
Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte,
Polizeitrupps,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und
Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten
und grundrechtsgleichen Rechten,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor
Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan.
2023)
Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch
von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit
Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen
Staatsanwälten, obwohl
kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne
Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhrend,
mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher
Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige
Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf
Pfändungsschutzkonto
Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-
Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen
Staatsanwälten . .
**BVERFG-391. Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Helfer und
Helfershelfer ohne Richterkontrolle ohne Respektierung von
Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten**
Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Schadenersatz-Sabotage und
Kontoplünderung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter
Weisungsbefugnis des beklagten Täters, des Bundeskanzleramts,
unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und
Amtsgerichte, Polizeitrupps
gegen Rentner im 82. Lebensjahr,
unter dem Deckmantel des Strafrechts und
Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten,
grundrechtsgleichen Rechten, von Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen, von Alter und von erdrückender Beweislage
Von Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu
staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen
Kontoplünderungen nach 25 Jahren politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung
verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne
Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter,

ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitation wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren

Beginn einer neuartigen Hexenverfolgung,

wenn das Denkvermögen wegen Überforderung ausgeschaltet wird, wenn Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum zerschlagen und mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen abgestraft werden

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“

mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Richterkontrollen und mit Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramts

> Deutschland ist mit Hexenjagd unterwegs, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen, mit Abschaltung des Denkvermögens über kausale Zusammenhänge: nach

25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage VB-2327 mit Anlage VB-2327a

Staatsanwaltschaftliche Exzesse auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013 und Kontoplünderung seit 2021 Gesamt 12.206,20 €

(Okt.2023: 12.710,37 €)

Nach mehrfachem Einspruch gegen horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010,

nach Aufbrauch aller Altersrücklagen bis 2010.

Verfassungswidrige Rechtsanwendungen mit Kontozwangmaßnahmen sind staatsanwaltschaftliche Exzesse, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht mehr respektiert werden, haben keine Rechtskraft und daher als Willkürakte eines totalen Justiz-Versagen zu bewerten.

Geplündert werden nicht nur Rentenzahlungen im hohen Rentenalter, sondern alle Zahlungseingänge über der Schutzgrenze des Pfändungsschutzkonto

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr und totalem Justiz-Versagen

wegen Verweigerung von Wiederaufbau, Rehabilitation und Schadenersatz, jetzt auch mit

Anspruch auf Opferschutz, Schmerzensgeld und ein humanes Lebensende

wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> **Anlage VB-2305 c)** Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (eingegangen am 26.09.2023) **mit verfassungswidriger Kostenanklage am Landgericht Wuppertal (10 O 168/22) nach Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)**

> **Anlage VB-2305 d)**

Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) gemäß Abrechnung vom 13.04.2023 (11 C 406/22 002 (276))

> **Anlage VB-2305 e),f)** Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspfleger Ermanns

Sieh auch Anlage VB-2327a

> **Anlage VB-2305 g)** Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna mit Schreiben vom 26.10.2023 (eingegangen am 3.11.2023) mit Erfahrungen zu 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen gegen **Rentner jetzt im 83. Lebensjahr**, sieh auch Anlagen für die sofortige Beschwerde am Landgericht Wuppertal

(zu **BVERFG-393**. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011), seit 13 Jahren, jetzt im 82.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer (Rechtspfleger Jacob, Rechtspfleger Ermanns, Obergerichtsvollzieherin Sommerfeld, Gerichtsvollzieherin Ritzhaupt, Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna aktualisiert am 6.11.2023)

Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna war bereits in 2014/2015 an der wirtschaftlichen Zerschlagung des Beschwerdeführers beteiligt. Wahrheitswidrig ist die Behauptung der Rechtspflegerin, dass der Beschwerdeführer seinen Widerspruch gegen Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Sozialversicherung zurückgenommen habe. Tatsache ist, dass der Widerspruch mehrfach Gegenstand von Verfassungsbeschwerden ist.

Anlage VB-2306 a) b) c)

Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern

a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)

b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010

c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307

Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.

Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308

Zurückweisung des verfassungswidrigen

Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)

mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)

nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

Anlage VB-2309

Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten

Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit

verfassungswidrigen Sozialversicherungen

Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von

sozialgerichtlichen Verfahren

gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß

BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),

seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von

politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes

mit Hinweis auf

Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit

ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz**

(unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)

über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.

Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch

politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)

mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)

unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF

mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene

Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)

bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>

Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen
am 04.02.2023).

Anlage VB-2311/A:

**Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23)
vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:**

Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück
bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im
82.Lebensjahr veranlasst.

Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung“
des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge,
gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh
C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023),
Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch
Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung,
warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.

**Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin
Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren
zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende
Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:**

2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,

> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,

> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit
staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner
im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem
Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und
mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur
Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror,
angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation
immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von
skrupellosen Staatsanwälten

mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und
mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert
und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht
Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-
Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen
verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter
Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2.
Freiheitsberaubung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B

**Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO**

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal)
der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023
(eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung
einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung,
Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von
Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird
und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer
auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger
in die Schranken zu weisen

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht
respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch
keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.
Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso
weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.
2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne
Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden
kriminelle

Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an
den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-
Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 /
31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom
24.12.2022)

wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des
Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
vom 28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom
24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob
vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der
Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M
1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022
gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel
ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011
verwickelt (Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für
Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH bis 2003

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben. Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.

Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal, weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung, weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.

Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)

Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)

50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter **nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung**, nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)

Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren **nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH**

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss

24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**

25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:

Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates

zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und

zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann

26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute

keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung

27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):

Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert

26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

am Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter

wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit

dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der

3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft

des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus

Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter

Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau

der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche

Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an

wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen,

seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-

bayerischer Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen

aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne

Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder

wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> **Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten.** Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> **Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .**

> **ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,**

> **soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:**

> **Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.**

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> **indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,**

> **indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> **indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)**

> **indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde**

Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b

Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

**mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom
Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen
einschließlich der separaten Beilage von**

**155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022
(Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom
31.01.2023)**

Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage

> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr

**wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE
und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche)**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator,
geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der
Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy
2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer,
Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen,
eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
erbracht zu haben.

156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-
Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom
31.01.2023)

gemäß Informationen zum Güteverfahren beim
Oberverwaltungsgericht

> > > <http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service>

Hand-in-Hand:

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel /
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks /
Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und
Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr
leisten können. Seit 2010.**

**Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden
Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,**

**nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa,**

politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische
Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu
politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen
Opferkriminalisierungswahnsinn
hinnehmen müssen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf>

Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03

[Aktuelles Bußgeld-Verfahren \(Z5\): Behördenkommunikation des](#)

Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B

Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten)

mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Leistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer- Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen
Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilbilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022 mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C

Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C

Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters, mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

mit **Anlage VB-2305**: Seite 42

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger, der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt**, der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D

Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an Richterin am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der Richterin schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D

Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31.März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitation und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus

> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D

Schriftsatz vom 28.Jan.2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitation und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF gemäß Punkt 17 und 18

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2303

Anlage VB-2301

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001.

Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

002. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert

Justiz verweigert Opfer politischer motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politischer motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01

Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022)

mit verkürzter Notfrist

durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

- a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
- b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
- c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
- d) mit nicht lesbaren Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
- e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)

Anlage LG-02

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz

mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation

mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal

mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender

Verweigerung des längst fälligen

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer

Folge.

Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am

Verwaltungsgericht:

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus

Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom

24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR

1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt

anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht

Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane

Bräutigam

Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des

Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal

erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken

nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:

Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren, mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende, beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:

Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche), mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit

Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für

extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen

anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:

Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)

Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:

Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, verklavt:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrre und Bundeskanzleramt mit

persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022) mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022)

Anlage LG-07:

Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und

nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) gemäß Anlage LG-03

Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303

Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (eingegangen am 06.12.2022 mit förmlicher Zustellung)

Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304

Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf

mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE. Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phoenix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von

Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022

Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF. Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.

Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)

Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.

Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an

alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (siehe Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>

Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,

Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.

Intendanten-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:

> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5 2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und

nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von

Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.

Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:

Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu **Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen) nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justiziarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,

Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,

vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

[Schröder/Steinmeier/Merkel](#) verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

[Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende](#) mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

[Vom Schlesinger-Skandal](#) (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013: Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007

Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer

und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

Rundfunk Sperre des Klägers zu einer

Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbildungszentrum Mainz/Wiesbaden.

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung

eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester

Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > >

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhrender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhrender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am

laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhrende Altersdiskriminierung und

Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunk Sperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81. Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp, mit Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von [Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder](#)

Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: _

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale

Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)
nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und
jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts
Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-
Kostenhetzjagd seit 2011)

**jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen
Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22**

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu
Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und
Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit
1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und
Pflegeversicherung.

**Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.**

**BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil
Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch
motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht**

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und
Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen
Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht
mehr zu verarbeiten

**Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne
Respektierung der herausragenden Lebensleistung des
Beschwerdeführers:**

**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

**Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt,
ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher
Verantwortung der Täter**

**Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher
Verantwortung von Schröder / Steinmeier**

**Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern
unter persönlicher**

Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.

**Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das
Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung
und Schadenersatz**

mit Mehrrichter-Entscheidung

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und **ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal****

Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte

Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit
persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv.
Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**An den
Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 29.04.2024

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung. von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen
Hier: [Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr](#)

**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem
Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in
Deutschland und Europa**

Seit 2007 mit einer Treib- und Hetzjagd am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) durch weisungsgebundene Staatsanwälte im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ)

In 2010/2011 mit Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin)

sowie mit Wissen aller Staatsorgane und aller Länderregierungen in Deutschland unter führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) und unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022) mit Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von Staatsanwälten (Z5) bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87 / 146 / 203 / 335)

**Judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
Sabotage durch Staatsanwälte zu Verfahren für
Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch
Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen seit 2010,
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich
verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

Brutal verfassungswidrig, Opfer verhöhrend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Im Beschwerdeverfahren:

Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, Justizopfer ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010 im 70. Lebensjahr gegen Staatsanwälte von Wuppertal,

DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren,

vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**, verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),

unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für Richter

**BVERFG-407. Unverhältnismäßig verfassungswidrig:
Datenschutz-Skandal im Gerichtsbezirk des Landgerichts
Wuppertal**

> Schauprozess am Amtsgericht Velbert
mit angekündigten Doppelversäumnisurteil gegen Rentner im
83.Lebensjahr mit Stigmatisierung als Täter (Datenverfälschung,
Datenmissbrauch) nach

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am
Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer
Zerschlagung im 83.Lebensjahr.**

> Fortsetzung am Amtsgericht Mettmann
mit Nonstop-Bußgeldverfahren mit de facto Teilversäumnis-
Urteilen/Beschlüssen seit 2011 ohne Respektierung von
Grundrechten

> mit SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte des Klägers in
Kumpanei mit SCHUFA-Vorstand, als Mitglied der
Bundesregierung an Niederschlagung der Petitionen des
Beklagten an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen
Landtag in München (2010-2012) beteiligt

> mit demonstrativem Rücktritt des Bundespräsidenten
nach schriftlicher Bitte des Petenten (Mai 2010) um Unterstützung
seiner Petition an Deutschen Bundestag

**> mit demonstrativem Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-
Vorsitzenden** nach schriftlicher Bitte des Petenten
(Jan.2011/Jan.2013) um Unterstützung seiner Petition an
Deutschen Bundestag.

Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am
Geburtsort in Bayern seit 1998 (über 25 Jahre) mit
Zerschlagung im 60.Lebensjahr erzwungen wegen
Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000:

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit Kapitalflucht durch
staatliche UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die
jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
**digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses
Monster-Markteingriffes eliminiert wurde,**
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)

Nach Aufbrauch der Altersrücklagen in 2010 (70.Lebensjahr):
Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen
Landtag in München in 2010-2012

Nach Niederschlagung der Petitionen unter Verantwortung der
Altbundeskanzlerin und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern:

> Seit 2011: Ausschließlich Teilversäumnis-Urteile/Beschlüsse (explizit und
de facto), Gerichte übergreifend am laufendem Bande, in Nonstop-
Verfahren, mit Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen
Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in
NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998, obwohl <gebetsmühlenartig>
vorgetragen.

> Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung und
Schadenersatz nach Art.34 GG (per Gericht, notfalls per
Staatshaftung)

ohne judikativem Boykott, ohne staatsanwaltliche Sabotage unter
Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und ohne
Altersbegrenzung

im 83. Lebensjahr mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-
Konto wegen Pfändungsschutz gegen staatsanwaltliche

Übergriffe, Rentenplünderung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen

> Von Teilversäumnis-Urteilen am laufenden Bande unterdrückt:

Kausale Zusammenhänge mit

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-

Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 1998

inkl. sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen

ohne Zugriff auf Versicherungsleistungen seit 2010 und

mit sozialer Diskreditierung und sozialer Ausgrenzung ohne Respektierung

des grundgesetzlichen Datenschutzes vor Datenmissbrauch /

Datenverfälschung mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des

Sozialversicherungsträgers

> Jetzt mit Androhung eines doppelten Versäumnisurteils, um auf eine

Urteilsbegründung mit Rechtsargumenten verzichten zu können >

Grundrechte sind unverzichtbar und nicht verhandelbar!

Erzwingung einer verfassungswidrigen Flickwerk-Sonderlösung für eine

Grundversicherung mit grundgesetzlichen Anforderungen wie bei einer

Standard-Grundversicherung, die nicht mit Güteverhandlungen erreichbar.

> Eskalation der Güteverhandlung zu einem Hass-Tribunal als

Schauprozess für Interessenten des Klägers (Gerichtsverfahren, bei denen

die Verurteilung des Beklagten bereits im Voraus feststeht und

angekündigt),

mit judikativer Zusicherung der Datensicherheit des vom Kläger

aufgebauten Kommunikationssystem wegen Übertragung der

Gerichtsverhandlung in Rechtsanwaltsbüro des Klägers,

mit judikativer Zusicherung einer datenschutzrechtlichen Bewertung,

letztere ohne Richter bei laufenden „Hass im SCHUFA-Netz“ unter

Verantwortung des Klägers und beteiligter Staatsanwälte

> Judikative Zusicherungen sind Opfer verhöhrend. Mit einem

Schauprozess wird der Beklagte als Täter stigmatisiert, obwohl er das

Opfer ist. Langjähriger Datenmissbrauch und Datenverfälschung ohne

Respektierung des Datenschutzes mit einem Doppelversäumnisurteil als

unerträgliche Eskalation von ständigen Teilversäumnisurteilen und sozialer

Zerschlagung seit 2011.

> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier

nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem

Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers

verwickelt sind.

> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und

zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.

> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem

Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.

Der Kläger hat übersichtlich hingewiesen, wie sich der Hass mit Teilversäumnis-

Urteilen seit 2011 unter Federführung von weisungsgebundenen

Staatsanwälten und ihrer Helfer (Rechtsanwälte des Klägers,

Obergerichtsvollzieherinnen u.a.) unter Weisungsdruck der beklagten

Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des

Landgerichts Wuppertal in unerträglichem Maße bis zur Inszenierung

von Schauprozessen, hier mit Fortsetzung der Nonstop-Verfahren am

Amtsgericht Mettmann verfestigt hat. Sieh

BVERFG-405. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter

Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung /

Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

hebeln Grundrechte aus

> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert

Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache: Sieh Anlage

Sommerfeld 8 (VB-2312 a), Zurückweisung schon im Vorfeld mit

Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit einer Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung**

> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer:

> SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“ Dr. Ole Schröder, Mitglied des Deutschen Bundestags (2002-2017), u.a. Mitglied im Haushaltsausschuss (Haushaltsfehlbeträge!), ehemaliges Mitglied der Bundesregierung im Kabinett Merkel 2 (2009-2013), Parlamentarischer Staatssekretär bei CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maiziere bis März 2011, danach bei CSU-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen Landtag in München.

Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers :

Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

> mit Hass gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Monatliche Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto mit wirkungslosem „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe mit Raubjustiz wegen

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung

> mit Hass wegen Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde und Anhörungsrüge mit Verweigerung der Bescheidung und Erlass eines „Versäumnisurteils“, um auf Rechtsargumente verzichten zu können: Grundrechte sind unverzichtbar und das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum!

> mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen

Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa

> mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz

> mit sozialem Hass als Dauerzustand: Von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

Der Hass weisungsgebundener Staatsanwälte kennt keine Grenzen und verursacht ständig Hassvermehrung und neuen Schaden durch Opferkriminalisierung so lange, bis im Opfer trotz eines herausragenden Lebenswerkes nur noch der Täter erkannt wird **und das seit über 25 Jahren:**

Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)

zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Isolierung, sozialer Ausgrenzung, sozialer Spaltung zu verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit SCHUFA-Eintragungen

Der eskalierende Missbrauch einer Güteverhandlung zu einem Hass-Tribunal als

Schauprozess für Interessenten des Klägers (Gerichtsverfahren, bei denen die Verurteilung des Beklagten bereits im Voraus feststeht und dies mit einem angekündigten und beantragten Doppel-Versäumnisurteil), mit judikativer Zusicherung der Datensicherheit des vom Kläger aufgebauten Kommunikationssystem wegen Übertragung der Gerichtsverhandlung in das Rechtsanwaltsbüro des Klägers, mit judikativer Zusicherung einer datenschutzrechtlichen Bewertung bei laufenden „Hass im SCHUFA-Netz“ unter Verantwortung des Klägers, ist nicht mehr kommentierbar:

Man muss nicht Richter sein, um dies alles zu erkennen. Der Beklagte kann alles beweisen, nur die Beweiskette wird immer länger.

Diese judikativen Zusicherungen sind Opfer verhöhrend. Mit einem Schauprozess **wird der Beklagte jetzt als Täter stigmatisiert**, obwohl er das Opfer ist. Mit einer Güteverhandlung soll er erneut eine verfassungswidrige Grundsicherung akzeptieren. Zur judikativen Zusicherung einer datenschutzrechtlichen Bewertung: Sieh

Anlage VB-2405

Mitteilung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Herrn Thor) vom 15.04.2024 mit Hinweis auf Verwaltungsgericht Wiesbaden, offensichtlich mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte. Eine direkte Kommunikation mit einem Congressleiter (Univ.-Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, heute Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) der 22. Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes IV gemäß Anlage unter Gesamtleitung der Congressmesse und des professionellen Verlagsservice durch den Beklagten (3 Seiten beigelegt) war nicht möglich. Der Beklagte ist nicht interessiert an einem Gerichtsverfahren gegen einen früheren Congressleiter, aber an Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach **Art.34 GG ohne judikativem Boykott und ohne Versäumnisurteile in Schauprozessen mit einem Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des SCHUFA-Vorstandes, der Rechtsanwälte des Klägers und weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und gegen staatsanwaltliche Sabotage.**

Der Beklagte kann in seinem Alter nicht an allen Verwaltungsgerichten in Deutschland Gerichtsverfahren eröffnen. Es geht auch nicht um einen Congressleiter, der Zeuge ist für die Datenschutz-Anstrengungen in seinem gesamten Lebenswerk:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung(Sieh Kapitel **BVERFG-406)**

Tatsache ist, dass der Beschwerdeführer Datenschutz seit Bestehen und Entstehen des BDSG unterstützt: Sieh **Anlage SGH:**

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden. Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**, beteiligt waren

Fortsetzung einer ungeheuerlichen Zerschlagungsjustiz mit angekündigtem Doppel-Versäumnisurteil in einem Hass-Tribunal als Schauprozess ist wohl einfacher als Datenschutzprobleme zu lösen? Darf nicht wahr sein.

Das alles ist im deutschen Recht ist eine vorsätzlich verfassungswidrige Anwendung des Rechts durch einen Einzel-Richter am Amtsgericht bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten des Klägers, der mit seinen Rechtsanwältinnen und mit einem SCHUFA-Vorstand, belastet durch seine ehemalige Tätigkeit als Mitglied der Bundesregierung, soziale Ausgrenzung betreibt durch verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, **in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier:**

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern< mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zu politisch motivierter Justiz mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz.

Absolut totales Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Sozialgerichtsverfahren und Amtsgerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, seit über 12 Jahren ist zu bekämpfen. Anzunehmen ist die Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Abhilfe verfügbar: Sozialgerichte Amtsgerichte sind längst informiert über die Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen und sehen zu, wie der Beklagte vom Kläger in verfassungswidriger Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und deren Helfern gehetzt wird. Der Beklagte ist längst das Justizopfer wegen **absolut totalem Justizversagen ohne Respekt vor Grundrechten, Lebensleistung und fortgeschrittenem Lebensalter.** Daher nach Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (1 BvR 207/24) neue Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 und hier „**Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur**“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). **Nie wieder ist jetzt 2023:**

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, jetzt im 83.Lebensjahr unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) nicht trotz, sondern

wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für

digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Langjähriger Datenmissbrauch und Datenverfälschung ohne Respektierung des Datenschutzes mit einem angekündigten Doppelversäumnisurteil als unerträgliche Eskalation von ständigen Teilversäumnisurteilen (explizit und de facto) und sozialer Zerschlagung seit 2011.

**Der Beschwerdeführer beantragt Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen der Grundrechte.
Anzugreifende Hoheitsakte:**

Sieh **Anlage VB-2404 a)**

Persönliches Anschreiben des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 18.04.2024 mit judikativen Zusicherungen und mit den Anlagen gemäß Anlage VB-2404 b) und c)
(eingegangen am 23.04.2024)

Sieh **Anlage VB-2404 b)**

Einzelrichter-Beschluss Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) als unanfechtbare Entscheidung. Unanfechtbarkeit ohne Begründung ist anzufechten, weil rechtswidrig ohne Beachtung von eingelegten Rechtsmitteln und weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten.

Sieh **Anlage VB-2403 b)**

Verfügung 10 C 211/23 des Amtsgerichtes Velbert vom 10.04.2024, mit Aufforderung an Kläger, zur Einspruchs begründung des Beklagten vom 28.03.2024 (Anlage LG-24/05, Eingang im Amtsgericht am 05.04.2024, 218 Seiten) Stellung zu nehmen und mit Ladung zum Gerichtstermin am 26.06.2024.

Gleichheit vor dem Gesetz? Kläger muss seine Anträge nicht mehr begründen, um unangreifbar zu sein, weil umtriebige Staatsanwälte dies schon erledigt haben: Sieh Stellungnahme ohne Begründung.

Anlage VB-2404 c)

Stellungnahme des angestellten Rechtsanwaltes Ümit Yildirim der Rechtsanwälte Giebel und Kollegen vom 16.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit 3 Anträgen auf 1 Seite ohne Begründung (Antrag 1., Antrag 2., weiterer Antrag). Alle unbegründeten Anträge sind mit Einspruch abzuwehren.

Sieh **Anlage VB-2403 a)**

Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Güteternin,

Einspruch mit neuer

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 226)

Anlage LG-24/04 in

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 247:

„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),

mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares

„Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und

ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge, gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher **brutal verfassungswidrig** im Zuge von **über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,**

Anlage AG-24/05 in

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 251:

Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**

Begründung und Rechtsmittel gemäß

sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.

Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 275)

Anlage VB-2406

Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartenden Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am **Amtsgericht Mettmann** unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung nach über **25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und mit einer Hetzjagd gegen ihn und in den wirtschaftlichen Ruin und Freitod seines Bruders mit Nachlass-Insolvenz (2012) nach Niederschlagung der Petition durch eine Staatssekretärin, später Staatsministerin des heutigen Ministerpräsidenten in Bayern.**

Anlage VB-2312 d) Sommerfeld 10

Verfassungswidriger Missbrauch des

Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respekt vor Grundrechten mit Wiederholung: Sieh Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 (sozialer Hass als Dauerzustand) nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage

VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des

Zwangsvollstreckungsrechts mit Datierung auf das

Weihnachtsfest 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen

Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.

Siehe auch Kapitel-Übersicht der Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024:

BVERFG-403. Anzugreifende und beantragte Hoheitsakte in chronologischer Reihenfolge
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten, Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024 und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024 und nachfolgendem „Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 mit Einspruch vom 28.03.2024 gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit persönlichem Anschreiben vom 10.02.2024 gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz (ehemaliges Mitglied der Bundesregierung, verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag) und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit sozialer Zerschlagung, sozialer Isolierung, sozialer Ausgrenzung, mit verfassungswidrigem Datenmissbrauch, mit „Hass im Netz“, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

BVERFG-404. Widerspruch-Verfahren gemäß Anlage LG-24/03 mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Kriminelle Eskalation der sozialen Zerschlagung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch Sozialversicherungsträger zu sozialer Diskreditierung, sozialer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung mit „Hass im Netz“
durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung
in krimineller Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers und mit ehemaligem Mitglied der Bundesregierung (SCHUFA-Vorstand)
zum Zeitpunkt der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München mit verheerenden Folgewirkungen am Wohnort und am Geburtsort
Pervers: **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen und daher SCHUFA-Eintragungen wegen „Verbraucherschutz“**

Pervers: Staatsbürger nach politisch motivierten Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren mit einem SCHUFA-Basiscore von 9.91% von theoretisch möglichen 100% öffentlich angeprangert

Noch perverser: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen und staatliche Einsparung von Rehabilitation und Schadenersatz mit SCHUFA-Basiscore von 9.91%, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitation und Schadenersatz

BVERFG-405. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal hebeln Grundrechte aus

> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache : Sieh Anlage Sommerfeld 8 (VB-2312 a), Zurückweisung mit Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung

**> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer: SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“, ehemaliges Mitglied der Bundesregierung bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München
Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers :**

Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010

Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012

> mit Hass gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Monatliche Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto mit wirkungslosem „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe mit Raubjustiz wegen

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung

> mit Hass wegen Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde und Anhörungsrüge mit Verweigerung der Bescheidung und Erlass eines „Versäumnisurteils“, um auf Rechtsargumente verzichten zu können: Grundrechte sind unverzichtbar und das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum!

> mit Hass gegen Rehabilitation und Schadenersatz wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa

> mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz

> mit sozialem Hass als Dauerzustand: Von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

BVERFG-406. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000**
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

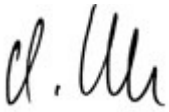
Scroll down after link (page 335)

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

Velbert, 29.04.2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.

Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage VB-2403 a)

Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 [hier](#) mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin, Einspruch mit neuer Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07) nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>
Scroll down after link (page 226)

Anlage LG-24/04 in

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 247:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert), **mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen**, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge, gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher **brutal verfassungswidrig** im Zuge von **über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,**

Anlage AG-24/05 in

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 251:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.** Begründung und Rechtsmittel gemäß sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024. Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>
Scroll down after link (page 275)

Anlage VB-2403 b)

Verfügung des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 10.04.2024 (eingegangen am 15.04.2024) mit Ladung zur mündlichen Verhandlung über Einspruch und Hauptsache

Anlage VB-2404 a)

Persönliches Anschreiben des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 18.04.2024 mit judikativen Zusicherungen und mit den Anlagen gemäß Anlage VB-2404 b) und c) (eingegangen am 23.04.2024)

Anlage VB-2404 b)

Einzelrichter-Beschluss Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) als unanfechtbare

Entscheidung. Unanfechtbarkeit ohne Begründung ist anzufechten, weil rechtswidrig ohne Beachtung von eingelegten Rechtsmitteln und weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten.

Anlage VB-2404 c)

Stellungnahme des angestellten Rechtsanwaltes Ümit Yildirim der Rechtsanwälte Giebel und Kollegen vom 16.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit 3 Anträgen auf 1 Seite ohne Begründung (Antrag 1., Antrag 2., weiterer Antrag). Alle Anträge ohne Begründung sind mit Einspruch abzuwehren.

Anlage VB-2405

Mitteilung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Herrn Thor) vom 15.04.2024 mit Hinweis auf Verwaltungsgericht Wiesbaden, offensichtlich mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte. Eine direkte Kommunikation mit einem Congressleiter (Univ.-Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, heute Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) der 22. Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes IV gemäß Anlage unter Gesamtleitung der Congressmesse und des professionellen Verlagsservice durch den Beklagten (3 Seiten beigelegt) war nicht möglich. Der Beklagte ist nicht interessiert an einem Gerichtsverfahren gegen einen früheren Congressleiter, aber an Rehabilitation und Schadenersatz wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitalem Innovationswachstum in Deutschland und Europa gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach **Art.34 GG ohne judikativem Boykott und ohne Versäumnisurteile in Schauprozessen mit einem Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des SCHUFA-Vorstandes, der Rechtsanwälte des Klägers und weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und gegen staatsanwaltliche Sabotage.**

Anlage VB-2406

Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartenden Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am **Amtsgericht Mettmann** unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitation und Schadenersatz beklagten Bundesregierung nach über **25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und mit einer Hetzjagd gegen ihn und in den wirtschaftlichen Ruin und Freitod seines Bruders mit Nachlass-Insolvenz (2012) nach Niederschlagung der Petition durch eine Staatssekretärin, später Staatsministerin des heutigen Ministerpräsidenten in Bayern.**

Anlage VB-2312 d) Sommerfeld 10

Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respekt vor Grundrechten mit Wiederholung: Sieh Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Datierung auf das **Weihnachtsfest 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.**

Anlage VB-2401

Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsoffer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:

Das Zerschlagungsoffer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.

„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsoffer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.

Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012,

jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz

mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG

Anlage 01

Rechnung vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Mahnung vom 22.02.2024 (eingegangen am 22.02.2024)

Anlage 02

Schreiben des Bundesverfassungsgericht vom 01.12.2023 (AR 9651/23, eingegangen am 07.12.2023)

Anlage 03

Schreiben vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal

(16 T 207/23): Zurückweisung des Beschlusses vom 15.12.2023 einschließlich aller Kosten mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 mit Hinweis auf die Kapitel der Verfassungsbeschwerde (Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 umfasst die Kapitel BVERFG-396, BVERFG-397, **BVERFG-398**, BVERFG-399, BVERFG-400 auf insgesamt 92 Seiten)

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 203/221)

Anlage 04

Übernahme der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 ff. vom Allgemeinen Register in das Verfahrensregister (1 BvR 207/24, bisher AR 9651/23) mit Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26.01.2024 (eingegangen am 31.01.2024), Allgemeines Register als Sammelstelle für Verfassungsbeschwerden wegen Gerichte übergreifender Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert zu

Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen als Fortsetzung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Anlage SGC:

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024

"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie es geendet hat. Da kann man nur sagen:

Wehret den Anfängen!" Der Anfang war vor über 25 Jahren:

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr

zuletzt wegen verfassungswidriger Plünderung von Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsbefugnis und Weisungsdruck der wegen Rehabilitation und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt

mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 05.Nov.2023

mit Eingang einer verfassungswidrigen Bescheidung am 30.12.23 und zu sofortiger Beschwerde nach Rechtspfleger-Beschluss am Amtsgericht Velbert und mit Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) mit verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten mit direkter Verantwortung für
> **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im > > > 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zur Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz**
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr **wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>
Scroll down after link (page 203)

Anlage SGG: (an das Landgericht)

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung. von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Spaltung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen mit den Kapiteln BVERFG-401 und BVERFG-402: BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung**
Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsoffer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen

> **über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte**
> **mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich**
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte
durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen

mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70. Lebensjahr wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:

Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Anlage LG-24/03:

Widerspruch-Verfahren mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.

Anlage LG-24/03 a)

Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 23)

Anlage LG-24/03 b)

Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit

Anlage LG-24/03 c)

Schreiben vom 10.Feb.2024 an

Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf>

Scroll down after link (page 01)

> Seite 16/70, **Anlage SGD: SCHUFA-Auskunft vom 27.12.2023** (eingegangen am 05.01.2024) mit Stellungnahme am 16.01.2024

> Seite 17/77, **Anlage SGE: Mein Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte** ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 59)

> Seite 18/85, **Anlage SGE-2:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 23.Jan.2024 (eingegangen am 29.01.2024) ohne Abhilfe

Seite 18/86 , **Anlage SGE-3: Mein Schriftsatz vom 05.Feb.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Information über Verfassungsbeschwerden und weitergehende Begründung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 121).

> Seite 18/99, **Anlage SGE-4**: Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 07.Feb.2024 (eingegangen am 09.02.2024) ohne Abhilfe.

> Seite 18/100, **Anlage SGF**:
Verfahrensbestätigung des Bundesverfassungsgerichts unter
Aktenzeichen 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23)

> Seite 18/101, **Anlage SGG** im Schriftsatz vom 31.Jan.2024 an das
Sozialgericht:

Verfassungsbeschwerde (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch." Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr bis zu sozialer Aussperrung. von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf

Pfändungsschutzkonto parallel

zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)

zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und

zu sozialer Isolierung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen gemäß

Kapitel BVERFG-401 und BVERFG-402.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 277)

Anlage ONLINE PROGRAMM

ONLINE'99, 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56#anfang>

Scroll down after link to ONLINE 1999

Beiliegend: Seminarreihe > online < 1975.

Das Programm der ONLINE'99 ist beigefügt, um darauf hinzuweisen, dass Herr Prof. Roßnagel selbst als Congressleiter an der Durchführung dieser Congressmesse beteiligt war.

Der Datenschutz hat in seinem Lebenswerk einen besonderen

Stellenwert: Als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH hat er bereits in den 1970er Jahren die ersten Datenschutz-Beauftragten persönlich ausgebildet, mit dem Wissensstand von damals (sieh beiliegende ONLINE-Seminarreihe aus 1975, BDSG seit 1978) und in 1977 ein Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner:

Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Auf der ONLINE'94 in Hamburg hatte Datenschutz und Datensicherheit einen besonderen Schwerpunkt: Im Plenum der

Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob

Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)

auf der 17.Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema

Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes

Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)

Außerdem 2 internationale Kolloquien zu:

Kolloquium A: Aktuelle Probleme der IT-Sicherheit und Lösungsansätze

Kolloquium B: Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr, Auflagen und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten

Um dies zu verdeutlichen, hat er aus aktuellem Anlass im Schreiben an das Sozialgericht Düsseldorf Kapitel

45. (41. Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,

Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage mit Schreiben vom 16. Feb. 2024 neu formuliert:

Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000**

Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen

Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

Bundesdatenschutzbeauftragte : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 131)

Er macht darauf aufmerksam, dass er nur parallel zu anderen Gerichtsverfahren gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen ankämpfen kann. Bitte um Mitteilung, welche weiteren Beweisunterlagen benötigt werden.

Anlage SGH:

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden. Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**, beteiligt waren

Anlage LG-24/04:

„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher **brutal verfassungswidrig** im Zuge von **über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,**

Anlage AG-24/05:

Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**

Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und
Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit
wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen
Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06

Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu
den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401

**Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom
03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal**

Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23
und 11 C 406/22 (16 T 207/23)

mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02,
Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage
LG-24/05.

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh

Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß

Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des

Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der

Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen

Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene

Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur

nächsten Wiederholung.

Fortsetzung der Wiederholung mit

Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts
im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen

Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem

Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden

Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren

seit 2011

Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk

des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene

Staatsanwälte unter Weisungsdruck des wegen Rehabilitierung und

Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes

Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der

Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024

Anlage VB-2315:

Schriftsatz vom 19.Jan.2024 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Vorlage von **Anlage SGE:**

Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte

ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht **gemäß Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 59)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen

Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit **Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)**

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87)

Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme

Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310) und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Anlage VB-2312: Soziale Zerschlagungen ohne Beachtung in Sozialgerichten

Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen

wegen Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Psycho-Terror und mit Androhung von Hausfriedensbruch durch Schlosser-Gehilfen auf umfriedeten Grundstück, mit ausführlicher Begründung und Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA)

Aus Punkt c) der Begründung zu judikativem Boykott: „ . . . Darüber hinaus wurde dieses Verfahren bereits einmal abgeschoben, mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 8.Dez.2014 (VG 27 K 496.14), an das Landgericht Wuppertal abgeschoben und dort in 2 Verfahren (Zerschlagung 1: 2 O 70/15, Zerschlagung 2: 2 O 163/16) aufgeteilt.

Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 21.07.2017 (VG 27 K 308.14) wurden die Verfahren vom Landgericht Wuppertal zurückgeholt und am Verwaltungsgericht Berlin wieder weitergeführt. Darüber hinaus wurde der Unterzeichner vom Verwaltungsgericht

Düsseldorf über eine Vereinbarung mit dem Verwaltungsgericht Berlin informiert, dass die verfassungswidrige Beteiligung des ÖRR/WDR an den **politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** (Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Berlin eine angemessene Berücksichtigung findet. Die Klage gegen den ÖRR/WDR mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 ist rechthängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf. Es ist Menschenrechte verachtend, den Schadenersatz für **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen zu boykottieren oder** von einem Gericht ins andere verschieben zu wollen, obwohl dies an Verwaltungsgerichten gar nicht möglich ist, und das Opfer verantwortlich zu machen für die dadurch verursachten verheerenden Folgewirkungen (Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer Zerschlagung). Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen im fortgeschrittenem Lebensalter werden in den wirtschaftlichen Ruin gezwungen, ausgeraubt und bis in den Tod gehetzt, ohne Respekt vor Ihrer Lebensleistung.“

Anlage VB-2312 b) Beschlüsse der politisch motivierten Zerschlagung durch judikativen Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
> **über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr**
am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Berlin mit Abschiebung der judikativen Verantwortung an das Landgericht Wuppertal in 2014 und mit Zurückholung der judikativen Verantwortung in 2017.

Anlage VB-2313:

Petition Pet 1-17-09-703-005442 mit insgesamt 53 Kapiteln (hier Kapitel 37-41 in Anlage)

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10

System Deutschland ein Sanierungsfall?

**UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-
Vernichtung, Wutbürger**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

Schreiben vom 03.01.2011

**an den Bundespräsidenten,
an den Deutschen Bundestag und
an das Bundesverfassungsgericht**
der Bundesrepublik Deutschland

Anlage VB-2314: Anzufeuchtender Hoheitsakt

Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22
Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag,
30.12.2023) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2314-1:

Zurückweisung des Beschlusses
mit Brief vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal mit Hinweis
auf Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.1023
(AR 9561/23, eingegangen am 07.12.2023) und telefonischer
Bestätigung des Eingangs des Beschlusses des **anzufeuchtenden
Hoheitsaktes** durch das Bundesverfassungsgericht.
Zurückzuweisende Rechnung des Landgerichts Wuppertal vom
19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Anlage VB-2306 a) b) c)

Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern

a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)

b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010

c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307

Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023. Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308

Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a) mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)

nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Anlage VB-2309

Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren

gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß

BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),

seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes

mit Hinweis auf

Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.

Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch

politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)

mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)

unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF

mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene

Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)

bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>

Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:

Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023

Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Anlage VB-2301: Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-392.

- a) Beschluss IV-3 ORbs 15/23 Ws Oberlandesgericht Düsseldorf (zu IV-3 ORbs 133/23) 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.Sept.2023)
- b) Beschluss IV-3 ORbs 133/23 Oberlandesgericht Düsseldorf 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.Aug.2023)
- c) Urteil (?) / Beschluss 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 19.09.2023 (eingegangen am 05.10.2023 in Briefumschlag der Staatsanwaltschaft Wuppertal)
- d) Rechnung zu 523 Js-OWi 824/22 1 (271) der Staatsanwaltschaft Wuppertal in neutralem Umschlag
- e) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023)

Anlage VB-2302: Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.Mai 2023 (2 BvR 539/23, eingegangen am 19.Mai 2023)

zu Verfassungsbeschwerde vom 14.Januar 2023 gegen das Urteil des Amtsgerichtes Velbert vom 24.02.2023 gemäß Anlage VB-2301 e)

Anlage VB-2303:

Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023

06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023.

Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.

Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 58)

Anlage VB-2304:

Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft. Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.

Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um [25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung](#)

[eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .](#)

Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Der Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 enthält folgende Anlagen:

Anlage OWiV-04 OLG

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt), auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit [Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.](#)

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>
Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022: Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft
Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh > >

> > > > > > Seite 11

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2305: Erzwingung von politisch motivierter Zerschlagungsjustiz:

Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

nicht unter Richterkontrolle, sondern unter Kontrolle von

weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter

Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes hier mit:

> Anlage VB-2305 a) Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-393.

Verfassungswidriger Kostenfestsetzungsbeschluss (11 C 406/22 Amtsgericht Velbert) vom 12.10.2023 mit wahrheitswidriger Begründung (eingegangen am 14.10.2023) durch Rechtspfleger Jacob als Richterersatz

> Anlage VB-2305 b) Schriftsatz vom 05.10.2023 an Amtsgericht Velbert 11 C 406/22

(Stellungnahme zu Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (**Anlage VB-2305 c)**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 107)

mit den Anlage AGV-10/01, Anlage AGV-10/02 und Anlage VB-2327

Zurückweisung aller Kostenforderungen und Wiederholung des

Antrags auf sofortigen Stopp der Kontopfändung auf

Pfändungsschutz-Konto wegen Missbrauch für

verfassungswidrige Krankenversicherung

entsprechend der vorgelegten Verfassungsbeschwerden:

1. Verfassungsbeschwerde (2 BvR 538/23) vom 31.03.2023

wegen Urteil 11 C 406/22 zu Abbruch der mündlichen Verhandlung am

12.01.2023, verkündet am 09.02.2023, eingegangen am 09.03.2023

mit Beugung Recht und Verfassung, Verfahren übergreifend im

Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 Seite 11

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74 / 84)

2. Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1680/23) vom 15.09.2023

wegen Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen

nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter, ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitation wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage AGV-10/01: Schriftsatz vom 6.04.2023 an das Amtsgericht Velbert mit Übergabe der

Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr

25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,

werden Rehabilitation und Schadenersatz .

vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen Zerschlagungsopfer.

Anlage AGV-10/02

Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23) mit

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023

mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre)

zu verfassungswidriger Pflegeversicherung

mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto

zu verfassungswidriger Krankenversicherung

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit

1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005),

unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023
Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am
Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch
motivierte Zerschlagungen
nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder
in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz
(2012)
am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem
Schadenersatz/Rehabilitierung-Boycott seit 2011,
mit Schadenersatz-Sabotage durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des
beklagten Täters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch
Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte,
Polizeitrupps,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und
Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten
und grundrechtsgleichen Rechten,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor
Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan.
2023)
Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch
von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit
Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen
Staatsanwälten, obwohl
kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne
Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhrend,
mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher
Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige
Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf
Pfändungsschutzkonto
Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-
Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen
Staatsanwälten . .
**BVERFG-391. Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Helfer und
Helfershelfer ohne Richterkontrolle ohne Respektierung von
Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten**
Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Schadenersatz-Sabotage und
Kontoplünderung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter
Weisungsbefugnis des beklagten Täters, des Bundeskanzleramts,
unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und
Amtsgerichte, Polizeitrupps
gegen Rentner im 82. Lebensjahr,
unter dem Deckmantel des Strafrechts und
Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten,
grundrechtsgleichen Rechten, von Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen, von Alter und von erdrückender Beweislage
Von Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu
staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen
Kontoplünderungen nach 25 Jahren politisch motivierte
Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung
verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne
Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter,

ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitation wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren

Beginn einer neuartigen Hexenverfolgung,

wenn das Denkvermögen wegen Überforderung ausgeschaltet wird, wenn Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum zerschlagen und mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen abgestraft werden

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“

mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Richterkontrollen und mit Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramts

> Deutschland ist mit Hexenjagd unterwegs, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen, mit Abschaltung des Denkvermögens über kausale Zusammenhänge: nach

25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage VB-2327 mit Anlage VB-2327a

Staatsanwaltschaftliche Exzesse auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013 und Kontoplünderung seit 2021 Gesamt 12.206,20 €

(Okt.2023: 12.710,37 €)

Nach mehrfachem Einspruch gegen horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010,

nach Aufbrauch aller Altersrücklagen bis 2010.

Verfassungswidrige Rechtsanwendungen mit Kontozwangmaßnahmen sind staatsanwaltschaftliche Exzesse, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht mehr respektiert werden, haben keine Rechtskraft und daher als Willkürakte eines totalen Justiz-Versagen zu bewerten.

Geplündert werden nicht nur Rentenzahlungen im hohen Rentenalter, sondern alle Zahlungseingänge über der Schutzgrenze des Pfändungsschutzkonto

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr und totalem Justiz-Versagen

wegen Verweigerung von Wiederaufbau, Rehabilitation und Schadenersatz, jetzt auch mit

Anspruch auf Opferschutz, Schmerzensgeld und ein humanes Lebensende

wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> **Anlage VB-2305 c)** Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (eingegangen am 26.09.2023) **mit verfassungswidriger Kostenanklage am Landgericht Wuppertal (10 O 168/22) nach Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)**

> **Anlage VB-2305 d)**

Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) gemäß Abrechnung vom 13.04.2023 (11 C 406/22 002 (276))

> **Anlage VB-2305 e),f)** Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspfleger Ermanns

Sieh auch Anlage VB-2327a

> **Anlage VB-2305 g)** Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna mit Schreiben vom 26.10.2023 (eingegangen am 3.11.2023) mit Erfahrungen zu 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen gegen **Rentner jetzt im 83. Lebensjahr**, sieh auch Anlagen für die sofortige Beschwerde am Landgericht Wuppertal

(zu **BVERFG-393**. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70. Lebensjahr (2011), seit 13 Jahren, jetzt im 82. Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer (Rechtspfleger Jacob, Rechtspfleger Ermanns, Obergerichtsvollzieherin Sommerfeld, Gerichtsvollzieherin Ritzhaupt, Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna aktualisiert am 6.11.2023)

Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna war bereits in 2014/2015 an der wirtschaftlichen Zerschlagung des Beschwerdeführers beteiligt. Wahrheitswidrig ist die Behauptung der Rechtspflegerin, dass der Beschwerdeführer seinen Widerspruch gegen Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Sozialversicherung zurückgenommen habe. Tatsache ist, dass der Widerspruch mehrfach Gegenstand von Verfassungsbeschwerden ist.

Anlage VB-2306 a) b) c)

Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern

a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)

b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010

c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307

Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.

Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308

Zurückweisung des verfassungswidrigen

Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)

mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)

nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

Anlage VB-2309

Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten

Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen

Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren

gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß

BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),

seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)

> durch weisungsgebundene Staatsanwälte

> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes

mit Hinweis auf

Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.

Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch

politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)

unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)

mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF

mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)

mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)

bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>

Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen
am 04.02.2023).

Anlage VB-2311/A:

**Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23)
vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:**

Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück
bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im
82.Lebensjahr veranlasst.

Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung“
des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge,
gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh
C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023),
Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch
Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung,
warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.

**Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin
Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren
zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende
Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:**

2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,

> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,

> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit
staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner
im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem
Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und
mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur
Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror,
angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation
immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von
skrupellosen Staatsanwälten

mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und
mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert
und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht
Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-
Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen
verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter
Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2.
Freiheitsberaubung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)

Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B

**Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO**

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal)
der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023
(eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung
einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung,
Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von
Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird
und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer
auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger
in die Schranken zu weisen

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht
respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch
keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.
Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso
weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.
2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne
Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden
kriminelle

Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an
den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-
Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 /
31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom
24.12.2022)

wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des
Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
vom 28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom
24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob
vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der
Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M
1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022
gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel
ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011
verwickelt (Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für
Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH bis 2003

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben. Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.

Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal, weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung, weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.

Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)

Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)

50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter **nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung**, nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)

Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren **nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH**

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss

24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**

25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:

Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates

zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und

zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann

26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute

keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung

27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):

Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert

26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwangshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

am Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter

wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit

dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der

3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft

des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus

Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter

Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau

der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche

Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an

wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen,

seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-

bayerischer Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen

aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne

Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder

wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> **Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten.** Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> **Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .**

> **ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,**

> **soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:**

> **Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.**

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> **indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,**

> **indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> **indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)**

> **indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde**

Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b

Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom
Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen
einschließlich der separaten Beilage von

155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022
(Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom
31.01.2023)

Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage

> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr

**wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE
und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche)**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator,
geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der
Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy
2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer,
Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen,
eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
erbracht zu haben.

156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-
Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom
31.01.2023)

gemäß Informationen zum Güteverfahren beim
Oberverwaltungsgericht

> > > <http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service>

Hand-in-Hand:

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel /
Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks /
Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und
Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr
leisten können. Seit 2010.**

**Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden
Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,**

**nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa,**

politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische
Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu
politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen
Opferkriminalisierungswahnsinn
hinnehmen müssen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf>

Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des

Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B

Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten)

mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitation und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Leistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer- Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitation und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022: Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern **wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilbilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022 mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C

Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C

Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters, mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

mit **Anlage VB-2305**: Seite 42

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger, der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt**, der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D

Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an Richterin am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der Richterin schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D

Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31.März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitation und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus

> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D

Schriftsatz vom 28.Jan.2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitation und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF gemäß Punkt 17 und 18

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf>

Scroll down after link (page 69)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2303

Anlage VB-2301

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001.

Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)

> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**,
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**)

mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz

> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,

> mit extremistischer Ausuferung durch Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz

> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn, mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.

002. Brutal verfassungswidrig:

Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal

mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.

Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern

Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert

Justiz verweigert Opfer politischer motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.

Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politischer motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01

Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022)

mit verkürzter Notfrist

durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

- a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
- b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
- c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
- d) mit nicht lesbaren Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
- e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
- f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
- g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
- h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert (Seite 26-28)

Anlage LG-02

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022

wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz

mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation

mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal

mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender

Verweigerung des längst fälligen

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 251)

BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer

Folge.

Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am

Verwaltungsgericht:

Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)

Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus

Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)

Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom

24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR

1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt

anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht

Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane

Bräutigam

Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des

Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022

Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal

erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken

nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:

Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren, mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder, mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende, beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:

Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern, mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in

Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche), mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit

Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit, mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“, mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für

extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen

anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsoffer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung

Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und

Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sich Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,

es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:

Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)

Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:

Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, verklavt:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.

Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin

> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung

> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),

> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanten von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperrre und Bundeskanzleramt mit

persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel am Verwaltungsgericht Düsseldorf

> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.

(Anlage LG-05, LG-06)

Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?

> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen

> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf>

Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022) mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:

Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?

Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022)

Anlage LG-07:

Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und

nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) gemäß Anlage LG-03

Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303

Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (eingegangen am 06.12.2022 mit förmlicher Zustellung)

Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304

Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht

Düsseldorf

mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008

174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE. Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phoenix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von

Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022

Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender, Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF. Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.

Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)

Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.

Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an

alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (siehe Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf>

Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,

Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.

Intendanten-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:

> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5 2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und

nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von

Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.

Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:

Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu **Monika Piel**, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen) nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)

Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin

Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justiziarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.

2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:

Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.

Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,

Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk,

vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

[Schröder/Steinmeier/Merkel](#) verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

[Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende](#) mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

[Vom Schlesinger-Skandal](#) (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:

Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013: Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),

Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.

Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.

Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)

2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007

Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung

Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer

und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.

Folgewirkungen der Rundfunk Sperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),

Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.

Rundfunk Sperre des Klägers zu einer

Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbildungszentrum Mainz/Wiesbaden.

Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie Kaizen,

in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung

eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210

26 Jahre Europäische Congressmessen.

Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,

mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester

Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.

177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > >

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?

Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.

Zerschlagen nicht nur:

Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,

Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.

Danach

Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten, Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin

Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert

Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts- und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunk Sperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunk Sperre seit 2008:

Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld

Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage

Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat

Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am

laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011

Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht

der 2. Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung

Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten

Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und

Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81. Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:

Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und

Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012 Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.

Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert, Schaden durch Rundfunksperrung viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen

Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten

Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81. Lebensjahr mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden

Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsoffer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp, mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von [Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder](#)

Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: _

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale

Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)
nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und
jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts
Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-
Kostenhetzjagd seit 2011)

**jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen
Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22**

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu
Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und
Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit
1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und
Pflegeversicherung.

**Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.**

**BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil
Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch
motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht**

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und
Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen
Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht
mehr zu verarbeiten

**Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne
Respektierung der herausragenden Lebensleistung des
Beschwerdeführers:**

**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

**Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt,
ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher
Verantwortung der Täter**

**Ausgehobelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher
Verantwortung von Schröder / Steinmeier**

**Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern
unter persönlicher**

Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.

**Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das
Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung
und Schadenersatz**

mit Mehrrichter-Entscheidung

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und **ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal****

Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf
Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte

Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit
persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv.
Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>